

9564/AB
vom 14.04.2022 zu 9749/J (XXVII. GP)
bmi.gv.at

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.128.731

Wien, am 11. April 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Nikolaus Scherak, MA Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Februar 2022 unter der Nr. **9749/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Follow-up Prozess zur dritten universellen Menschenrechtsüberprüfung in Österreich“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 1a bis 1e:

- *Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zum Thema Asyl?*
 - a. *Wie regelmäßig finden Austauschformate zu welchen Themenbereichen in welcher Form statt?*
 - b. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen sind jeweils Teil davon?*
 - c. *Wann hat der letzte Austausch zu welchem Thema in welcher Form stattgefunden?*
 - i. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen haben daran teilgenommen?*
 - d. *Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?*
 - e. *Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:*
 - i. *Warum nicht?*
 - ii. *Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?*

1. Wenn ja, welche mit welchen Akteur_innen jeweils wann?

Es finden regelmäßig Austauschtreffen des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA) mit den Vereinen LEFÖ und MEN VIA statt. Im Rahmen dieser Treffen wird überwiegend der Schwerpunkt „Menschenhandel“ behandelt. Inhalt dieser Austauschformate sind die Durchführung ordnungsgemäßer Asylverfahren. Die Ergebnisse des Austausches fließen gegebenenfalls in die Praxis ein. Ferner finden Fortbildungsveranstaltungen zur „Identifizierung von Opfern von Menschenhandel“ statt.

Es gibt Austauschformate im Rahmen des Programms POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE auf Bundesebene (Zivilgesellschaftliches Dialogremium, ZDG) und auf Bundesländerbene (Regionale Dialogforen, RDF). In diesem Rahmen wurde das Thema „Asyl“ (oder Teilespekte hiervon) gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in ZDG-Sitzungen diskutiert. Die ZDG-Sitzungen finden seit dem Jahr 2016 dreimal jährlich statt. Zudem wurde 2016 ein Fachzirkel mit dem Titel „Polizeiliche Erstbefragung im Asylverfahren“ eingerichtet, dessen Ergebnisse auch dem gesamten Gremium vorgestellt wurden. Im Fachzirkel „Polizeiliche Erstbefragung im Asylverfahren“ waren seitens der Zivilgesellschaft Caritas Österreich, UNHCR-Büro Österreich und Queer Base vertreten.

Im ZDG hat der letzte Austausch zum Thema „Asyl“ im Rahmen einer Information mit Diskussionsmöglichkeit am 20. Oktober 2021 (Stand: 14. März 2022) stattgefunden. An dieser Sitzung nahmen Vertreterinnen und Vertreter von Amnesty International Austria, Volksanwaltschaft, NEUSTART, Black Voices Volksbegehren, UNHCR, Patientenanwaltschaft, Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus, ZARA, Volkshilfe und ein Menschenrechtsberater aus der Zivilgesellschaft teil.

Auf Empfehlung der Fachzirkel-Mitglieder wurde im Bundesministerium für Inneres eine zentrale Dolmetscherverwaltung eingerichtet. Ein Dolmetscherinnen- und Dolmetscher-Register wurde eingerichtet. Weiters erfolgte eine breite Ausbildungsoffensive. Hierfür wurden spezielle zielgruppenorientierte Ausbildungspläne erstellt. Zusätzlich wurden Standardprozesse für den Umgang mit vulnerablen Personengruppen erhoben und fixiert.

Zu den Fragen 2 und 2a bis 2e:

- *Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zum Thema unabhängige Rechtsberatung für Asylwerber_innen?*
 - a. *Wie regelmäßig finden diese in welcher Form statt?*
 - b. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen sind Teil davon?*

- c. *Wann hat der letzte Austausch in welcher Form stattgefunden?*
 - i. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen haben daran teilgenommen?*
- d. *Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?*
- e. *Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:*
 - i. *Warum nicht?*
 - ii. *Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?*
 - 1. *Wenn ja, welche mit welchen Akteur_innen jeweils wann?*

Die Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen Rechtsberatung (BBU) veranstaltet einmal im Quartal einen virtuellen Austausch mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu Themen der Rechtsberatung. Dabei werden alle einschlägigen Rechtsberatungsorganisationen sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure, die Asylwerberinnen und Asylwerber in Österreich unterstützen, eingeladen. Es werden vor allem Fragen zu den Abläufen der BBU Rechtsberatung beantwortet. Das letzte Austauschtreffen fand im Dezember 2021 statt. Die Einladung wurde durch Unterstützung von Netzwerk AsylAnwalt*innen und der Asylkoordination versendet. Eine Dokumentation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fand nicht statt.

Zur Frage 2f:

- *Welche Akteur_innen sind Teil des Qualitätsbeirats?*
 - i. *Welche Empfehlungen hat der Qualitätsbeirat bisher an Sie herangetragen?*

Wie bereits in der Beantwortung der Frage 8 der parlamentarischen Anfrage Nr. 4142/J vom 13. November 2020 (4145/AB XXVII. GP) ausgeführt, besteht der Qualitätsbeirat aus acht Mitgliedern, wobei der UNHCR, der Österreichische Rechtsanwaltskammertag, die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter, das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien, das Österreichische Institut für Menschenrechte an der Universität Salzburg, der Bundesminister für Inneres und die Bundesministerin für Justiz nominierungsberechtigt sind. Dem Qualitätsbeirat kommt eine beratende und empfehlende Rolle zu. Soweit die Geschäftsführung oder die für die Rechtsberatung zuständige Bereichsleitung diese Vorschläge nicht umsetzt, ist dem Aufsichtsrat seitens der Geschäftsführung unter Anführung einer Begründung ehestmöglich zu berichten. Bisher wurden keine Empfehlungen des Qualitätsbeirats abgegeben.

Zu den Fragen 3 und 3a:

- *Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zum Thema Polizeigewalt?*
 - a. *Wie regelmäßig finden Austauschformate zu welchen Themenbereichen statt?*

Eingangs darf generell darauf verwiesen werden, dass sich das Bundesministerium für Inneres maßgeblich an der Arbeit des Menschenrechtsbeirats der Volksanwaltschaft seit dessen Konstituierung 2012 beteiligt.

Seit Überführung des Programms POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE in die Linienorganisation finden jährlich drei Sitzungen des ZDG statt, die vom Bundesministerium für Inneres organisiert und durchgeführt werden. Die Sitzungen der Regionalen Dialog Foren (RDF) werden von den Landespolizeidirektionen organisiert und erfolgen anlassbezogen. In den Dialoggremien werden menschenrechtlich relevante Themen behandelt, darunter auch solche mit Bezug zu „Polizeigewalt“. Dies erfolgt entweder in Diskussionsrunden oder im Rahmen von interdisziplinären Fachzirkeln mit der gemeinsamen Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zu konkreten Themen entlang eines strukturierten, transparenten Partizipationsprozesses.

Zur Frage 3b:

- *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen sind Teil davon?*

Die unter 3.a. erwähnten Dialoggremien setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Innenressorts (Sicherheitsexekutive und Sicherheitsverwaltung; organisationsinterne Linienverantwortliche und Fachexpertinnen und -experten) sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammen, wobei hier auf eine möglichst breite Abdeckung menschenrechtlich relevanter Nichtregierungsorganisationen Wert gelegt wird.

Es folgt nun eine bundesweite Gesamtübersicht über alle teilnehmenden Organisationen, wobei nicht nach ZDG und RDF unterschieden wird und viele dieser zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig teilnehmen:

Hilfswerk, Islamische Glaubensgemeinschaft, Black Voices Volksbegehren, Amnesty International Austria, Caritas Österreich, Volksanwaltschaft, Österreichischer Gemeindebund, Volkshilfe Österreich, Patientenanwaltschaft, LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung von Migrantinnen, Österreichische Liga für Menschenrechte, Queer Base, BOJA, Individuelle Suchthilfe, NEUSTART, Verein „Schwarze Frauen Community“, Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus, Gewaltschutzzentren, ZARA, Österreichischer Behindertenrat, UNHCR – Büro Österreich,

Kulturverein Österreichischer Roma, Diakonie Österreich, ein selbstständiger Berater im Bereich Menschenrechte, HOSI – Homosexuelle Initiative, ÖIF Österreichischer Integrationsfonds, Die Österreichischen Kinderschutzzentren, Arbeiter Samariterbund, Österreichisches Rotes Kreuz, Evangelische Diakonie, Diözese, Evangelische Kirche, SOS Mitmensch, Suchthilfe, Sucht- und Drogenkoordination, Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen, Helfer Wiens, Wiener Wohnen, Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie, Wiener Linien GmbH & CoKG, BIZEPS – Behindertenberatungszentrum, Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, Back Bone – Mobile Jugendarbeit, Israelische Kultusgemeinde, Rumänisch-orthodoxe Kirchengemeinde, HPE – Hilfe für Angehörige psychisch Erkrankter, IFS -Institut für Sozialdienste, Okay Zusammenleben, KOJE – Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung, FEMAIL – Fraueninformationszentrum, Männerberatung Mannsbilder, Frauenhäuser, PSP –Psychosozialer Pflegedienst, Diakoniewerk, Antidiskriminierungsstellen, KAGes – Krankenanstaltengesellschaft, Verein Zebra, Weißen Ring, Bergrettung, Wasserrettung, Malteser, Verein Menschen.Leben, Verein Einstieg – Volkshilfe, Jugend am Werk, SOS-Kinderdorf, Rettet das Kind, Flüchtlingsdienst Diakonie, Verein Menschenrechte Österreich, Erzdiözese, AVOS - Gesellschaft für Vorsorgemedizin GmbH, Plattform Menschenrechte, Zivilschutzverband, Streetwork – Drogenberatung VIVA, KABEG – Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft, ARGE Sozial, SOS Mitmensch, Think Difference, Bezirkshauptmannschaften, Ämter der Landesregierungen, Militärkommanden, Volksgruppenbeiräte, Seniorenbünde, Pensionistenverbände, Gemeindebünde, Wirtschaftskammern, Landesfeuerwehrverbände, Vertreterinnen und Vertreter von Ländern und Gemeinden, Landesgerichte, Staatsanwaltschaften, Kinder- und Jugendanwaltschaften, Magistratsabteilungen, Stadtschulrat Wien, Stadt Wien und (Landes-) Seelsorger.

Zur Frage 3c:

- *Wann hat der letzte Austausch in welcher Form stattgefunden?*
 - i. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen haben daran teilgenommen?*

Der letzte Austausch im Rahmen einer ZDG-Sitzung hat am 20. Oktober 2021 (Stand: 14. März 2022) mit Vertreterinnen und Vertretern von Amnesty International Austria, Volksanwaltschaft, NEUSTART, Black Voices Volksbegehren, UNHCR, Patientenanwaltschaft, Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus, ZARA, Volkshilfe sowie unter Teilnahme eines Menschenrechtsberaters aus der Zivilgesellschaft stattgefunden.

Zur Frage 3d:

- *Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?*

Im Rahmen von Diskussionsrunden bei ZDG-Sitzungen wurden bisher polizeiliches Einschreiten im Zuge von (Sport-) Großveranstaltungen, Demonstrationen und Versammlungen sowie Möglichkeiten der Meldung von Misshandlungsvorwürfen mit Bezug zu „Polizeigewalt“ erörtert. Folgende Fachzirkel zu dem Themenfeld gab es bisher: „Umgang mit Misshandlungsvorwürfen“, „Body Worn Cameras für die Polizei“ und „Menschenrechtliche Herausforderungen iZm der Auflösung von Versammlungen und Demonstrationen“.

Als Ergebnis des Fachzirkels „Umgang mit Misshandlungsvorwürfen“ wurden Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Misshandlungsvorwürfen und bundesweit Schulungsmaßnahmen auf- und ausgebaut (Aus- und Fortbildungen; E-Learning-Module). Im Bundesministerium für Inneres wurde eine Zwangsmittel- und Misshandlungs-Meldestelle (ZMM) eingerichtet. Weiters erfolgte eine Neuverlautbarung des Misshandlungserlasses in Verbindung mit dem Zwangsmittelerlass (in Abstimmung mit dem damaligen BMVRDJ). Seit Ende 2018 werden alle Zwangsmittelanwendungen und Amtshandlungen mit Misshandlungsvorwürfen zentral erfasst. Body Worn Cameras wurden bei der Polizei mittlerweile auf gesetzlicher Grundlage eingeführt. Ein weiterer Fachzirkel „Menschenrechtliche Herausforderungen im Zusammenhang mit der Auflösung von Versammlungen und Demonstrationen“ ist noch nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus wurde die Zivilgesellschaft ab dem Jahr 2013 bei Entscheidungen zur polizeilichen Schusswaffenmunition eingebunden (Projekt „ÖMun – Entwicklung von Qualitätskriterien für die Einsatzmunition der österreichischen Exekutive“, 2014-2016). Das Ergebnis des Projekts „ÖMun“ war die Einführung einer neuen Schusswaffenmunition für die Polizei unter größtmöglicher Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte.

Zur Frage 3e:

- *Gibt es ein Austauschformat bezüglich der Errichtung einer Beschwerdestelle zur Beendigung von und Rechtsschutz bei Polizeigewalt?*
 - Wenn ja, wann hat der Austausch jeweils wann in welcher Form mit welchen Akteur_innen stattgefunden?*
 - Was waren jeweils die Ergebnisse?*
 - Welche Maßnahmen setzen Sie bzw. planen Sie aufgrund der jeweiligen Ergebnisse umzusetzen?*

iii. Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:

1. *Warum nicht?*
2. *Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?*

Zur Umsetzung des im Regierungsprogramm festgeschriebenen Vorhabens der Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle zur Aufklärung von Misshandlungsvorwürfen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurde das Projekt „Evaluierung des Bundesamts zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung unter Berücksichtigung der Einrichtung einer Beschwerdebehörde bei Misshandlungsvorwürfen“ ins Leben gerufen. Es wurde eine Projektarbeitsgruppe eingerichtet, deren Mitglieder sich in unterschiedlichen Gremien auch mit Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der Grund- und Freiheitsrechte beraten und deren Empfehlungen in die Konzeption der geplanten Beschwerdestelle einfließen werden. Bezuglich der Einrichtung einer Beschwerdestelle zur Aufklärung von Misshandlungsvorwürfen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte erging seitens des Generalsekretärs des Bundesministeriums für Inneres im März 2022 ein Schreiben an Amnesty International mit Informationen zum aktuellen Stand.

Ebenso fand diesbezüglich eine Besprechung zwischen Amnesty International und dem Projektverantwortlichen statt. Die Einrichtung dieser Projektarbeitsgruppe wurde auch im Rahmen von POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE in der ZDG-Sitzung am 6. Mai 2020 vorgestellt. In der Sitzung am 15. Juni 2020 ging der Generalsekretär auf das Vorhaben ein. Seither wird in den ZDG-Sitzungen der aktuelle Stand des Prozesses auf Anfrage zuletzt am 20. Oktober 2021 (Stand: 14. März 2022) durch ein Mitglied der angeführten Projektarbeitsgruppe bekannt gegeben.

Zu den Fragen 4 und 4a:

- *Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zum Thema Bekämpfung von Racial Profiling?*
 - a. *Wie regelmäßig finden diese in welcher Form statt?*

Wie bei der obigen Beantwortung von Frage 3a ausgeführt, finden die Sitzungen der Austauschformate im Rahmen von POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE themenübergreifend statt. Das Thema „Racial Profiling“ wurde im Zuge der ZDG-Sitzungen am 15. November 2016, 14. März 2018, 27. Juni 2018, 29. November 2018, 13. März 2019, 2. Juli 2019, 6. Mai 2020, 15. Juni 2020, 23. Juni 2021 und 20. Oktober 2021 angesprochen/diskutiert. In Rahmen des RDF der Landespolizeidirektion (LPD) Wien

wurde im Jahr 2016 ein Fachzirkel nach dem oben beschriebenen Muster mit dem Titel „RESP – Racial, Ethnical and Social Profiling“ eingerichtet und im Jahr 2018 abgeschlossen.

Zu den Fragen 4b und 4c:

- *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen sind Teil davon?*
- *Wann hat der letzte Austausch in welcher Form stattgefunden?*
 - i. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen haben daran teilgenommen?*

Ein Austausch im Rahmen des ZDG-Gremiums fand zu diesem Thema bisher mit folgenden Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen statt: Hilfswerk, Islamische Glaubensgemeinschaft, Black Voices Volksbegehren, Amnesty International Austria, Caritas Österreich, Volksanwaltschaft, Österreichischer Gemeindebund, Volkshilfe Österreich, Patientenanwaltschaft - Bereichsleiterin W, NÖ, Bgld., Patientenanwaltschaft - Klinik Favoriten, LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung von Migrantinnen, Österreichische Liga für Menschenrechte, Queer Base, BOJA, Individuelle Suchthilfe, NEUSTART, Verein „Schwarze Frauen Community“, Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus, Gewaltschutzzentrum Burgenland, Gewaltschutzzentrum NÖ, ZARA, Österreichischer Behindertenrat, UNHCR – Büro Österreich, Kulturverein Österreichischer Roma, Diakonie Österreich, Philipp Sonderegger - Selbstständiger Berater – Menschenrechte, HOSI Wien – Homosexuelle Initiative Wien, ÖIF Österreichischer Integrationsfonds, SOS Kinderdorf und Die Österreichischen Kinderschutzzentren.

Mitglieder des Fachzirkels „RESP - Racial, Ethnical and Social Profiling“ waren neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LPD Wien die Suchthilfe Wien GmbH, Stadt Wien, MA 17 – für Diversität und Integration sowie NEUSTART Wien.

Im Rahmen des erwähnten ZDG hat der letzte Austausch am 20. Oktober 2021 (Stand: 14. März 2022) stattgefunden. Zum Fachzirkel „RESP - Racial, Ethnical and Social Profiling“ fand der letzte Austausch mit dem ZDG am 27. Juni 2018 statt.

Zu den Fragen 4d und 4e:

- *Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?*
- *Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:*
 - i. *Warum nicht?*
 - ii. *Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?*

*iii. Wenn ja, welche mit welchen Akteur*innen jeweils wann?*

Das Ergebnis von Fachzirkeln sind Empfehlungspapiere. In Anlehnung an die Empfehlungen des Fachzirkels „RESP - Racial, Ethnical and Social Profiling“ wurden folgende Maßnahmen umgesetzt: Implementierung von Schulungen von Polizeiinspektions-Kommandantinnen und -Kommandanten zur Sensibilisierung der Vorgesetzten sowie bundesweite Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für alle Bediensteten des Innenressorts in Form von Präsenzschulungen und E-Learning-Modulen. Auch das Lehrpersonal an den Sicherheitsakademien wird in Menschenrechtsseminaren speziell hinsichtlich Racial Profiling sensibilisiert (Train the Trainer). Im Zuge der Grundausbildungen wird daher besonders auf die Weitervermittlung der Inhalte wertgelegt, um eine breite Sensibilisierung der Bediensteten zu erreichen.

Die Sicherheitsakademie bietet seit dem Jahr 2002 die Seminarreihe „A WORLD OF DIFFERENCE“ (AWOD) in Kooperation mit der Anti-Defamation-League (ADL) für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenressorts an. Bereits seit dem Jahr 2012 werden die AWOD-Trainerinnen und Trainer gemeinsam mit der ADL in einem 2-tägigen Workshop zum Thema „Ethnisches Profiling“ geschult. Den AWOD-Trainerinnen und Trainern steht auch die Unterlage der FRA „Für eine effektivere Polizeiarbeit. Diskriminierendes Ethnic Profiling erkennen und vermeiden: ein Handbuch“ zur Verfügung.

Zu den Fragen 5 und 5a bis 5e:

- *Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zum Thema Beendigung von Folter?*
 - a. *Wie regelmäßig finden diese in welcher Form statt?*
 - b. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen sind Teil davon?*
 - c. *Wann hat der letzte Austausch in welcher Form stattgefunden?*
 - i. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen haben daran teilgenommen?*
 - d. *Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?*
 - e. *Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:*
 - i. *Warum nicht?*
 - ii. *Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?*
 - iii. *Wenn ja, welche mit welchen Akteur*innen jeweils wann?*

Zum Thema „Beendigung von Folter“ gab es im Rahmen von POLIZEI.MACHT. MENSCHEN.RECHTE keine Austauschformate, da bisher kein Anlass dazu gesehen wurde und das Thema von der organisierten Zivilgesellschaft auch nicht aktiv eingebracht bzw. angesprochen wurde. Zu diesem Thema sind momentan weder auf zentraler (BMI) noch auf dezentraler Ebene (LPD) Austauschformate geplant.

Zu den Fragen 6 und 6a bis 6e:

- *Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zu den Auswirkungen von COVI D-19 auf den Menschenrechtsschutz?*
 - a. *Wie regelmäßig finden diese in welcher Form statt?*
 - b. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen sind Teil davon?*
 - c. *Wann hat der letzte Austausch in welcher Form stattgefunden?*
 - i. *Welche Organisationen oder andere Akteur_innen haben daran teilgenommen?*
 - d. *Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?*
 - e. *Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:*
 - i. *Warum nicht?*
 - ii. *Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?*
 - iii. *Wenn ja, welche mit welchen Akteur*innen jeweils wann?*

Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf den Menschenrechtsschutz werden im Rahmen der bereits bestehenden Austauschformate des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) mit der Zivilgesellschaft im jeweiligen Kontext diskutiert. Im Übrigen darf ich auf die Beantwortung der Frage 2 der parlamentarischen Anfrage Nr. 9742/J durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz verweisen.

Gerhard Karner

